
1. Einleitung

Ist auch das Bild des «Superweibes» à la Hera Lind nichts weiter als eine schlechte Karikatur, so ist es vielen Frauen dennoch ein anzustrebendes (freilich niemals erreichbares) Ideal, an dem sie sich orientieren und sich dabei im nie enden wollenden Planen und Organisieren des eigenen Lebens aufreiben. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie scheint dabei, schenkt man den Frauenzeitschriften Glauben, immer noch eine der wesentlichen Fragen für Frauen zu sein. Nicht allen gelingt das freilich so gut wie der Bestseller schreibenden Schwangeren Hera Lind, sind doch Beruf und Familie immer noch höchst selten miteinander vereinbar. Die von vielen Frauen geteilte Ideologie, dass das Kind die Mutter in den ersten Jahren vollständig brauche, steht den Anforderungen der Arbeitgeber an die Beschäftigten entgegen, die nur erfüllt werden können, wenn die notwendigen Reproduktionsarbeiten von jemand anderem, vorzugsweise der Frau, geleistet werden. Eher selten sind jedoch die etwas kuriosen Exemplare des Hausmanns. Gerade in postmodernen Zeiten tendieren die Arbeitszeiten wieder deutlich nach oben und für qualifizierte Stellen, auf die der Begriff der Karriere noch anzuwenden wäre, sind Überstunden oftmals stillschweigende Voraussetzung. Wer Teilzeit-Arbeit machen möchte, ist hierzu meist auf die wenig sicheren «McJobs» angewiesen. Auch ist die Kindererziehung in den letzten dreißig Jahren trotz sinkender Geburtenraten nicht weniger aufwendig, sondern im Gegenteil – zumindest dem Anspruch nach – noch kosten- und zeitaufwendiger geworden.

Kein Wunder also, dass das Thema «Frau im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie» bis heute zu den Dauerbrennern in Frauenzeitschriften, Populärliteratur und einschlägigen Beratungsstellen sowie bei Gleichstellungsbeauftragten gehört. So findet man allwöchentlich am Kiosk Artikel zum neuen Mütterstolz, zur frustrierten oder lebensfrohen Singlefrau oder darüber, dass Kinder der Motor jeder Karriere seien. Auch wenn sich die jeweiligen Tipps und Analysen oft von Woche zu Woche ändern und die Bewertungen unterschiedlich ausfallen, so wird die Problematik doch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Neben alltagstauglicher Lebenshilfe – wie sind Minuten zu

sparen, wie kraftraubende Depressionen und Grübeleien zu vermeiden – werden gelegentlich auch gesellschaftliche Gründe für die Schwierigkeiten und das häufige Scheitern beim Versuch der Vereinbarkeit von Familie und Karriere oder zumindest Berufstätigkeit genannt. So führt der «Spiegel» vom Juli 2001 einige dieser Gründe an: Neben der hohen Arbeitslosigkeit, die Frauen als erste zu spüren bekämen, wird kritisch auf gängige bevölkerungspolitische Argumente eingegangen, wie dem, dass Deutschland zur Standortsicherung wieder mehr Kinder brauche. So habe etwa eine arbeitslose Soziologin mit Kind auf dem Arbeitsamt zu hören bekommen, dass sie doch lieber noch mehr Kinder bekommen solle, das sei eine dringende, ehrenvolle Aufgabe, denn die Deutschen würden aussterben. (Susanne Beyer; Marianne Wellersdorf 2001; 66-76)

Der «Spiegel», der sich mit solchen genüsslich kolportierten Beispielen von der konservativen Variante der Mutterschaftsideologie und staatlich-nationalistischen Bevölkerungspolitik absetzen möchte, präferiert dagegen ein Modell, für das die Frauenbewegung lange Zeit kämpfte und das sich jetzt offensichtlich auch in der «Männerpresse», wie etwa dem «Spiegel», durchgesetzt hat: die gut planende Frau, die sich nicht einfach der konservativen, traditionellen Mutterschaftsideologie hingibt, sondern auf sich selbst hört und ihr Leben so organisiert, dass sie Beruf und Kinder unter einen Hut bekommt. Letztlich werden also auch im «Spiegel»-Artikel die Probleme der Frauen mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf eine Frage der individuellen Einstellung reduziert und das Leitbild der aufgeklärten Frau, die ihren eigenen Körper gut unter Kontrolle hat, propagiert. Diesem Ideal wird plakativ das Klischee der konservativen Frau entgegengesetzt, die noch auf alte Mythen und Traditionen höre und deswegen die rationale Entscheidung verweigere. Dabei erscheint es erstaunlich, wenn Frauen den kleinen Freiraum, der ihnen in Bezug auf das Kinderkriegen gesteckt ist, als großen Akt der Selbstbestimmung feiern. Auch von den letzten Resten der Frauenbewegung, die doch einst für die Abschaffung der patriarchalen Verhältnisse und eine Trennung von Produktion und Reproduktion kämpfte, wurden und werden Selbstbestimmung und Autonomie immer wieder als die wichtigsten Ziele angeführt. Gerade heute, wo die Frau durch die Gentechnologie angeblich im Reproduktionsbereich ersetzt werden soll, wird der staatlichen, patriarchalen Fremdbestimmung emphatisch die weibliche Selbstbestimmung ent-

gegengehalten, als ob das schon in dieser inhaltsleeren Form ein Wert an sich wäre.

Hatten die Frauen '68 noch versucht, die Autonomiefrage kollektiv durch die Bildung von Kinderläden zu beantworten, so wurde mit der Kampagne gegen den §218 und der Parole «Mein Bauch gehört mir» auf die individualisierte Variante gesetzt. Seither orientiert man sich, ohne das je einmal zu reflektieren, an dem an die Aufklärung angelehnten Idealbild des selbstbestimmten Subjektes. Dieses enthielt in der Vorstellung der Aufklärung zumindest noch die Idee von Freiheit: Von den Naturzwängen sollte die Menschheit durch die Erkenntnis und Beherrschung der Natur in den Naturwissenschaften, von absolutistischer Herrschaft und kirchlichem Dogmatismus durch die vernunftbegabte Überwindung der selbstverschuldeten Unmündigkeit befreit werden. Enthielt dieses Befreiungskonzept zu Beginn zumindest noch die Illusion der Freiheit, so verlor sich diese im Laufe der Zeit auf Grund der im bürgerlichen Subjekt angelegten Dialektik des sich Unterwerfens um andere zu unterwerfen und führte direkt zur unmittelbaren Unterwerfung unter Kapital und Staat. Aus dem freien Unternehmer war ein Angestellter geworden und aus dem Staatsbürger der Untertan. Arbeitern, Frauen und Schwarzen wurde die Vernunftfähigkeit abgesprochen und mit ihr die Fähigkeit, ihre eigene Natur zu beherrschen. Mit dieser Begründung wurden die Frauen in die Privatsphäre verbannt, in der sie der Herrschaft des Mannes unterworfen waren.

Schon die erste Frauenbewegung um die Jahrhundertwende hatte die Motivation für ihren Kampf aus dem Widerspruch zwischen universalistischem Menschenrechtsideal und der Tatsache gezogen, dass die Menschenrechte in der bürgerlichen Gesellschaft nicht für Frauen galten und ihnen deshalb nicht die gleichen Rechte zugestanden wurden wie den Männern. Sie setzte sich für das Frauenwahlrecht, den Zugang zu Universitäten und die Professionalisierung sozialer Arbeit ein und trug somit zur Subjektwerdung der Frau bei. Berufstätigkeit blieb jedoch im Bürgertum eher eine Ausnahme und bot hauptsächlich unverheirateten Töchtern aus gutem Hause einen Unterhalt und eine Lebensaufgabe. Bis auf wenige Naturwissenschaftlerinnen waren sie meistens im sozialen Bereich tätig. Mit Forderungen nach der Kontrolle der Gebärfähigkeit oder gar nach sexueller Befreiung konnte sich der Großteil der Frauenbewe-

gung nicht identifizieren. Solche Vorstellungen blieben auf eine radikale Minderheit beschränkt.

Die erste Frauenbewegung hatte erfolgreich für gleiche Rechte von Männern und Frauen gekämpft. Jedoch änderte die so erreichte formale Gleichstellung an der konkreten Lebenssituation der Frauen erst einmal wenig, da diese weiterhin für den Reproduktionsbereich zuständig waren und finanziell vom Mann abhängig blieben. Diesen als unsäglich empfundenen Zustand wollte die zweite Frauenbewegung Jahrzehnte später beenden. Erst sie machte ernst mit der bürgerlichen Subjektwerdung, jedoch zu einem Zeitpunkt, an dem selbst von der Idee der bürgerlichen Subjektivität im emphatischen Sinn nichts mehr übrig geblieben war. Auf diesen Widerspruch reflektierte die Frauenbewegung nur sehr selten. Nur während der Studentenbewegung gab es eine Ahnung davon, dass Freiheit auch mehr bedeuten könnte als Arbeitsfähigkeit und Kontrolle über die eigene Gebärfähigkeit.

Sicherlich ist es nicht sonderlich originell, die Frauenbewegung als Modernisierungserscheinung kapitalistischer Verhältnisse zu begreifen. Gerade marxistische TheoretikerInnen haben das immer wieder getan. Die patriarchale Unterdrückung sei ein Relikt des Feudalismus, da der Kapitalismus nicht wie jener durch persönliche Abhängigkeit gekennzeichnet sei, sondern durch subjektlose Herrschaft, den stummen Zwang der Verhältnisse: Der Einzelne wird zum doppelt freien Lohnarbeiter, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Vor dem Kapital sind jetzt alle gleich, ihm ist es egal, welche Hautfarbe oder welches Geschlecht der Einzelne hat. Der Kapitalismus verwirklicht diese abstrakte Gleichheit, indem er alle als bürgerliche Subjekte gleichsetzt. Seien Frauen bis Mitte dieses Jahrhunderts von dieser Subjektwerdung ausgeschlossen gewesen, so habe im Spätkapitalismus die kapitalistische Dynamik auch die Frauen erreicht. Der Kapitalismus sei jetzt endlich zu sich selbst gekommen, indem er auch vor den Sphären nicht mehr Halt mache, die bisher außerhalb seiner Durchschlagskraft standen, wie die Privatsphäre und die Familie. Denn im Spätkapitalismus sei für die Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien die totale Mobilisierung aller Arbeitskraft-Ressourcen notwendig und folglich verlören auch die Frauen ihre Sonderstellung. Die Funktion der Familie dagegen, die Erziehung der Einzelnen zu kapitalproduktiven Subjekten, werde direkt von staatlichen Institutio-

nen und den Medien übernommen, die familiäre Vermittlerrolle falle weg. In ihrer ewigen Leier von Weiblichkeit und Männlichkeit und Patriarchat biete die Frauenbewegung hier einen Identitätsersatz für die Frauen, die sich jetzt auch der inhaltsleeren Subjektivität zu unterwerfen haben. (Jutta Willutzki 1995: 59-74; Natascha Wilting 2000: 48-52)

Zunächst scheint eine Menge für diese Überlegungen zu sprechen: Für die empirische Frau ist es nicht nur selbstverständlicher geworden, eine Arbeitsbiographie zu haben, sondern sie entspricht damit jetzt geradezu dem gesellschaftlichen Ideal. Zudem sind die ehemals strikt getrennten Sphären von Privatheit und Öffentlichkeit tatsächlich durchlässiger geworden, die konkreten Männer und Frauen nicht mehr vollkommen auf ihre jeweilige Sphäre verwiesen. Damit ändert sich auch der spezifische «Geschlechtscharakter»: Auch Männer dürfen jetzt sensibel sein und die emotionale oder physische Reproduktion übernehmen, so wie Frauen im Beruf ihren Mann stehen können. D.h. die geschlechtsspezifischen Zuschreibungen sind nicht mehr an die konkreten Menschen gebunden, wenn sie das überhaupt je waren. Weiterhin ist es gewiss zutreffend, dass die Familie im Zuge dieser Veränderungsprozesse als Vermittlungsinstanz und autonome Sphäre weitgehend abgedankt hat.

Allerdings: Diesen Funktionsverlust erfährt die Familie nicht etwa, weil ihre Abschaffung bevorstünde – wie marxistisch orientierte Theoretikerinnen annehmen – sondern vielmehr, weil das Allgemeine und das Besondere immer mehr zusammenfallen, Individuum und Gesellschaft keine Gegensätze mehr sind. Sicherlich ist es schon immer die Funktion der Familie gewesen, Arbeitsethos, Identifikation mit der Autorität und geschlechtsspezifische Sozialisation durchzusetzen. Doch hatte sie gleichsam als autonome Institution die Chance, dem Einzelnen emotionale Sicherheit zu geben, welche die Bedingung von Freiheit, Autonomie und Erfahrung ist. (Adorno 1997: 302-309) Inwieweit es also eine Transformation der Familie gegeben hat und welche Wirkung diese zeitigt, wird noch zu untersuchen sein.

Ferner ist es eine Illusion zu meinen, das Patriarchat oder geschlechtsspezifische Diskriminierung hätten sich mit dem Ende der patriarchalen Familie im alten Sinn und damit dem Verschwinden personaler Herrschaft erledigt. Hat sich nicht vielmehr patriarchale Herrschaft jetzt auch als subjektlose durchgesetzt? Und existiert das Patriarchat nicht weiterhin, als

gesellschaftliches Strukturprinzip, das sich in der Aufteilung von Öffentlichkeit und Privatheit, Produktion und Reproduktion zeigt? Während patriarchale Herrschaft sich in der Familie des 19. Jahrhunderts vor allem als personale Herrschaft äußerte, waren die Familie und das Geschlechterverhältnis seither vielen Veränderungen ausgesetzt. Dies hat jedoch weder an den geschlechtsbesetzten Stereotypen etwas geändert noch zu einer wirklichen Aufhebung der Trennung von Produktion und Reproduktion geführt. Und noch immer besteht der Zwang zu geschlechtsspezifischer Identifizierung und Internalisierung kollektiver Normen. Mag die jeweilige Identität sich auch in postmodernen Zeiten flexibilisiert haben, eine Aufhebung der Geschlechtsidentität ist damit nicht verbunden. Die Subjektwerdung der Frau, so meine These, hat nicht zu einer Angleichung an die Männer, sondern zu der Entwicklung einer spezifisch weiblichen Subjektivität geführt. Die Frauen richten sich zwar jetzt auch zu Arbeitskraftbehältern her, disziplinieren und kontrollieren aber auch ihre spezifische, als weiblich gedachte Natur – ihre Gebärfähigkeit – und zwar im Sinne staatlicher Bevölkerungspolitik.

Unter Bevölkerungspolitik verstehe ich nach Foucault das staatliche Interesse, Kontrolle über Quantität sowie Qualität der Gesamtbevölkerung zu erlangen, um die «optimale» Reproduktion der nationalen Gemeinschaft zu sichern. Bevölkerungspolitische Praktiken sind sowohl Gesetze wie der §218 oder staatliche Maßnahmen wie das Kindergeld, als auch Methoden der Pränataldiagnostik, die allesamt die Entscheidung für oder gegen Kinder beeinflussen. Nach Foucault sind diese Maßnahmen Regulierungstechniken, die auf die Optimierung des Lebens der Gesamtbevölkerung zielen. Im Gegensatz dazu stehen Disziplinartechniken, die auf den Körper des Einzelnen zielen. In der Sexualität treffen Regulierungsmechanismen und Formen der disziplinierenden, individualisierten Kontrolle, die sich z.B. in der ständigen Überwachung der Masturbation, im Geständnis in der Kirche und der Psychoanalyse ausdrücken, aufeinander: Das gestehende Individuum errichtet ein spezifisches Verhältnis zu sich selbst, indem in der Praxis des Geständnisses ein Teil des Individuums als «innere» Natur gesetzt und zum Gegenstand des Wissens sowie der Beherrschung gemacht wird. So konstituiert sich das bürgerlich-männliche Subjekt, das seine Natur beherrscht, um andere zu beherrschen. (Michel Foucault 1977)

Über die weibliche Natur, das heißt die Gebärfähigkeit, wachte dagegen der Mann und der Staat, konnte sich die Frau doch angeblich nicht selbst beherrschen. Bevölkerungspolitische Praktiken waren für Frauen daher fast ausschließlich repressiv. Die Frauenbewegung, so meine These, hat demgegenüber viel dazu beigetragen, dass die bevölkerungspolitischen Ziele des Staates heute nicht mehr repressiv durchgesetzt werden müssen, weil die Frauen selbst sich diese zu Eigen gemacht haben: Die Frauen haben die Bevölkerungspolitik in die eigenen Hände genommen.

Natürlich gibt es immer noch den §218 und die Pränataldiagnostik, Kinder- und Erziehungsgeld sind nicht abgeschafft. Dabei handelt es sich aber um Praktiken, die nicht mehr mit einem schlichten Verbot arbeiten, sondern sich auf die Mitarbeit der Frauen stützen. So ist Abtreibung seit der letzten Reform des Abtreibungsparagrafen von 1995 rechtswidrig, aber nicht strafbar, sobald die Frau ein Beratungsgespräch mitgemacht hat. Pränatale Beratungsstellen argumentieren gerade mit ihrer «humanistischen» Praxis, indem sie sich strikt gegen Zwangsmaßnahmen gegen Frauen wenden und ganz im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Frau nur in ihrem Interesse zu handeln glauben. Das bedeutet also nicht, dass der Staat verschwunden wäre, sondern lediglich, dass sich seine Herrschaftstechniken verändert haben. Statt auf reine Repression setzt er nun verstärkt auf Kontrollmechanismen, die individualisierend wirken. Die Frauenbewegung, die Autonomie und Selbstbestimmung immer mit individueller Entscheidungsfreiheit gleichsetzte, hat nur selten reflektiert, dass es so etwas wie individuelle Entscheidungsfreiheit heutzutage gar nicht geben kann, weil Entscheidungen immer auf Grund von Reproduktionsbedingungen getroffen werden. Durch diese unreflektierte Theorie und Praxis hat die Frauenbewegung maßgeblich dazu beigetragen, dass Frauen heute ein spezifisches, den neuen Herrschaftstechniken angemesseneres Verhältnis zu sich erlangen konnten. Um das zu verhindern, wäre die Auseinandersetzung mit staats- und kapitalismuskritischen Theorien notwendig gewesen. Eine solche Praxis wurde jedoch schon bald nach dem Zerfall der Studentenbewegung aufgegeben. Nicht zuletzt deshalb war die Frauenbewegung trotz ihres kritischen Potenzials nicht mal in ihrer Theoriebildung ein Ort von Emanzipation und Befreiung, sondern affirmierte die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie – vermittelt durch den

Druck der Anpassung an die herrschende Ordnung – oft genug sogar zu optimieren half.

Dies soll der theoretische Hintergrund sein, vor dem ich die jeweiligen Strömungen der Frauenbewegung untersuchen möchte. Hierbei werde ich mich auf die in der feministischen Literatur übliche Einteilung von Gleichheits-, Differenz- und poststrukturalistisch geprägtem Feminismus beziehen sowie auf den eher von der Kritischen Theorie geprägten Feminismus der SDS-Frauen. Ich werde im Folgenden versuchen, verschüttetes Wissen auszugraben, das vor allem durch die breite Rezeption der Postmoderne verloren gegangen ist, wie etwa Erkenntnisse der Kritischen Theorie und der Psychoanalyse.

Bei der Auswahl der Debatten und Theoretikerinnen habe ich mich sowohl an ihrer Relevanz für die Frauenbewegung als auch ihrem kritisch-emanzipatorischen Potenzial orientiert. Anhand von Theorie und Praxis der Frauenbewegung will ich die Subjektwerdung der Frau in den letzten dreißig Jahren beschreiben. Schwerpunkte werden die «Sexuelle Befreiung», die Abtreibungsdebatte, die Selbsterfahrungs- und Untersuchungsgruppen, die Projektbewegung sowie die Institutionalisierung der Frauenbewegung und der Diskurs um Identitäten sein. Mit Foucault soll davon ausgegangen werden, dass die von der Vernunft zu disziplinierende Natur erst konstruiert werden muss. Die Debatten und Praktiken sollen darauf befragt werden, inwieweit in ihnen eine spezifisch weibliche Natur konstituiert wird und wie sie die jeweiligen Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen darstellen, und zwar sowohl unter bevölkerungspolitischen Aspekten als auch in Bezug auf die Formierung zur Arbeitskraft. Dabei muss vor allem das Verhältnis von Natur und Vernunft beachtet werden. Konfrontiert werden sollen diese Ergebnisse mit den Vorstellungen von Natur und Vernunft zur Zeit der Aufklärung, und es wird die Frage zu stellen sein, inwiefern hier tatsächlich von einem Verfall bürgerlicher Subjektivität gesprochen werden kann.